

DIE LINKE.Fraktion im Lüdenscheider Rat, Albrechtstr. 2,  
58507 Lüdenscheid

An den  
Bürgermeister  
Sebastian Wagemeyer

**DIE LINKE**  
Fraktion im Lüdenscheider Rat

**Josef Filipek**  
Fraktionsvorsitzender  
Albrechtstr. 2  
58507 Lüdenscheid  
Telefon 0176 54185318  
josef.filipek@rat.luedenscheid.de

**Otto Ersching**  
Ratsherr  
Telefon 01525 1017418  
otto.ersching@rat.luedenscheid.de  
www.dielinke-maerkischer-kreis.de

---

## **Ergänzungs- / Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 020/2023**

Lüdenscheid, 10.02.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagemeyer,

wir beantragen, dass die **Beschlussvorlage 020/2023** der Verwaltung der Stadt Lüdenscheid wie folgt ergänzt wird:

Der Rat der Stadt fordert die heimischen Bundestagsabgeordneten von SPD, FDP und CDU auf – falls erforderlich – eine gemeinsame gesetzliche Initiative auf den Weg zu bringen, um dieses Durchfahrverbot zeitnah möglich zu machen. Die Autobahn GmbH wird aufgefordert, die organisatorischen und technischen Voraussetzungen für die Installierung eines Brückenwächters auf den Weg zu bringen.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, parallel zur Klärung der verkehrsrechtlichen Auslegung des Verkehrszeichens „Durchgangsverkehr“ mit den Nachbarkommunen eine Lösung zu erarbeiten, wie der überregionale Schwerlastverkehr aus Lüdenscheid und der Umgebung herausgehalten wird. Die Lösung muss sowohl den Belangen der Lüdenscheider\*innen als auch den Einwohner\*innen der Nachbarkommunen Rechnung tragen.

Der Lösungsvorschlag wird in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 27.03. 2023 vorgestellt.

### **Begründung:**

In der oben genannten Beschlussvorlage wird in der Begründung im letzten Absatz beschrieben, dass die Stadt Lüdenscheid in Abstimmung mit den Nachbarkommunen die Möglichkeiten eines lokales Lkw-Verbotes prüft. Hierzu sind aber zunächst die verkehrsrechtlichen Rahmenbedingungen durch die zuständigen Ministerien zu klären.

Angesichts der Tatsache, dass schon sehr viel Zeit durch das Kompetenzgerangel verloren gegangen ist, sollte eine parallele und keine sequenzielle Klärung erfolgen. Auch die Zeitvorgabe, eine regionale Lösung mit den Nachbarkommunen zu erarbeiten, ist dringend notwendig, damit sich das Prozedere nicht noch unnötig in die Länge zieht.

Es geht schließlich um die Menschen in der Region.

Freundliche Grüße  
Jupp Filipek  
Fraktionsvorsitzender

Otto Ersching  
Ratsherr